



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Anke Rodewald
Telefon:	02104/99-2157
Fax:	02104/99-5103
E-Mail:	anke.rodewald@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 02.12.2008

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 17.11.2008, 15:12 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Bärbel Auer

Erika Cebulla

Karl-Heinz Friedrich

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Dr. Uwe Koppe

Andrea Kornak

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann

Renate Petschull

Klaus Rohde

Sybille Schettgen

Carola Schneider-Rotert

Hedy Scholz

Manfred Schulte

Anne Sprenger

Margret Stolz

Günther Tilmes

Bernd Tondorf

(zu TOP 7 teilweise den Vorsitz geführt)

(bis 18.59 Uhr)

Verwaltung

Doris Abel

Michael Beitelmann

Viktoria Erhardt
Ulrike Gansauer
Peter Herweg
Daniela Hitzemann
Birgit Jommersbach
Angelika Klose
Regina Kohnert
Rainer Krause
Klaus Przybilla
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Frank Schäfer
Christian Schölzel
Renate Theis

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.08.2008
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/019/2008
5. Aktuelle Entwicklungen zur zukünftigen Organisationsform der ARGE 50/020/2008
6. Handlungsschwerpunkte Integration 50/017/2008
Darstellung wesentlicher Handlungsschwerpunkte zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes Integration auf der Basis der Erkenntnisse der Datensammlung Integration 2007
7. Finanzierung des "Elternverbandes für Chancengleichheit" 50/018/2008
durch den Kreis Mettmann
hier: gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 17.09.2008
8. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch - SGB II 50/021/2008
- Inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der flankierenden

Eingliederungsleistungen gem. § 16 Abs. 2 Satz 2 Ziffern 1 - 4 SGB II

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 9. | Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII
- Auswirkungen auf den Haushalt | 50/023/2008 |
| 10. | Angebote für Demenzzranke im Kreis Mettmann
- Schaffung und konzeptionelle Weiterentwicklung von ambulant betreuten Wohngruppen als Alternative zum Heim
- Ausbau des Demenznetzes im Kreis Mettmann
hier: Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 31.10.2008 | 50/024/2008 |
| 11. | Aktualisierung des Sozialberichts von 1993
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.11.2008 | 50/025/2008 |
| 12. | Haushalt 2009
- Beratung des Haushaltsentwurfes durch den Sozialausschuss | 20/015/2008 |
| 13. | Nachträge | |
| | Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann | 50/026/2008 |
| 13.1. | hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 07.11.2008 | |

Nicht öffentlicher Teil

- 14. Informationen der Verwaltung
- 15. Informationen aus der ARGE ME-aktiv
- 16. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Kaiser bittet im Hinblick auf die umfangreiche Tagesordnung, heute lediglich den TOP 12 – Haushalt 2009 zu behandeln und die restlichen TOP an einem weiteren zusätzlichen Sitzungstermin zu beraten. Dieser Vorschlag findet jedoch keine Zustimmung des Gremiums. Herr Pätzold befürwortet, den TOP Haushalt am Ende der öffentlichen Sitzung zu beraten und die TOP 12 und 13 zu tauschen. Gleichzeitig bittet er, sich bei den Ausführungen und Wortbeiträgen kurz zu fassen.

Ferner wird Herr Tondorf, CDU-Fraktion, zum Berichterstatter für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.08.2008

Die Niederschrift über die Sitzung vom 18.08.2008 wird vom Ausschuss genehmigt.

Zu Punkt 3:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

Herr Kreisdirektor Richter informiert den Ausschuss über das Projekt „Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West“. In der Sozialausschusssitzung am 20.08.2007 wurde die Förderung des Projektes „Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West“ in Höhe von 70.000,00 € über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Kenntnis genommen und um einen jährlichen Bericht gebeten.

Insgesamt ist zu erwähnen, dass die Polizeieinsätze im ersten Halbjahr 2008 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2007 um 35 % zurückgegangen sind.

Das Sachgebiet 50-5 hat die bisher erzielten Ergebnisse des Projektes zusammengestellt: die tabellarische Aufstellung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (*Anlage 1*).

Zurzeit sind weitere Aktivitäten wie bspw. die Einrichtung eines Tauschings oder der Ausbau der Straßenbeleuchtung in Planung. Der Arbeitskreis „Integration und Prävention“ trifft sich regelmäßig, um weitere Maßnahmen zu erarbeiten. Das Sachgebiet 50-5 ist an diesem Arbeitskreis beteiligt und wird die Ergebnisse im Rahmen eines jährlichen Berichtes mitteilen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4:	Informationen aus der ARGE ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/019/2008
--------------------	--

Herr Przybilla nimmt Bezug auf die der Vorlage beigefügte Powerpointpräsentation. Zu der vorliegenden Anfrage der FDP bezüglich des Auslaufens der befristeten Arbeitsverträge der Bundesagentur für Arbeit erläutert der Kreisdirektor die Zusammenhänge und verweist auf die Zuständigkeit der Meinungsbildungskonferenz und der Trägerversammlung. Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass – anders als in einem Pressebericht behauptet – er alles in seiner Macht stehende getan hat, um eine befriedigende Lösung für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten zu finden. Intensive Gespräche mit den kreisangehörigen Städten, Verhandlungen mit den Geschäftsführern der Arbeitsagenturen und das Einbeziehen der zuständigen Minister sollten zu einem erfolgreichen Ergebnis führen. Er unterstreicht sein Angebot, auch zukünftig für klärende Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 5:	Aktuelle Entwicklungen zur zukünftigen Organisationsform der AR- GE n - Vorlage Nr. 50/020/2008
--------------------	--

Herr Kreisdirektor Richter erläutert den als Tischvorlage verteilten Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 13./14.11.2008 über die Neugestaltung der Organisationsstrukturen im Bereich SGB II (*Anlage 2*). Von besonderer Bedeutung wird die Frage sein, ob auf lange Sicht ein eigener Personalkörper zur Verfügung stehen wird. Er bekräftigt nochmals das dauerhafte Rückkehrrecht kommunaler Beschäftigter und sagt zu, den Ausschuss weiterhin über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 6:	Handlungsschwerpunkte Integration Darstellung wesentlicher Handlungsschwerpunkte zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes Integration auf der Basis der Erkenntnisse der Datensammlung Integration 2007 - Vorlage Nr. 50/017/2008
--------------------	---

Herr Pätzold dankt für die geleistete Integrationsarbeit.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 7:	Finanzierung des "Elternverbandes für Chancengleichheit" durch den Kreis Mettmann hier: gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 17.09.2008 - Vorlage Nr. 50/018/2008
--------------------	--

Herr Tondorf erläutert die Bedeutung des Verbandes für Chancengleichheit für die sprachliche und soziale Entwicklung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und deren Mütter.

Herr Kreisdirektor Richter sieht hier in erster Linie die kreisangehörigen Städte in der Pflicht und sagt zu, diese Thematik am 21.11.2008 im Rahmen der Sozialdezernentenkonferenz anzusprechen. Aufgrund des noch erforderlichen Abstimmungsbedarfs zu bereits bestehenden Angeboten und Finanzierungen innerhalb der kreisangehörigen Gemeinden sowie innerhalb der Fraktionen wird der Antrag zurückgestellt, um in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses abschließend behandelt zu werden.

Zu Punkt 8:	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch - SGB II - Inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der flankierenden Eingliederungsleistungen gem. § 16 Abs. 2 Satz 2 Ziffern 1 - 4 SGB II - Vorlage Nr. 50/021/2008
--------------------	---

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:	Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII - Auswirkungen auf den Haushalt - Vorlage Nr. 50/023/2008
--------------------	--

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 10:	Angebote für Demenzkranke im Kreis Mettmann - Schaffung und konzeptionelle Weiterentwicklung von ambulant betreuten Wohngruppen als Alternative zum Heim - Ausbau des Demenznetzes im Kreis Mettmann hier: Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 31.10.2008 - Vorlage Nr. 50/024/2008
---------------------	--

Trotz des engen thematischen Zusammenhanges zwischen diesen Anträgen und dem Haushaltsveränderungsantrag der UWG ME wird nach reger Diskussion entschieden, hier lediglich die Anträge der CDU zu beraten und den Haushaltsveränderungsantrag im TOP 12 Haushalt 2009 zu diskutieren.

Bezüglich der alternativen Wohnformen verweist der Kreisdirektor auf die Tätigkeit der Projektgruppe „ALTERnativen 60 plus – zufrieden älter werden im Kreis Mettmann“.

Zum Demenznetz im Kreis Mettmann berichtet Herr Kreisdirektor Richter, dass die Theodor-Fliedner-Stiftung in Kooperation mit der Bergischen Diakonie Aprath für die demenzspezifische Arbeit im Kreis Mettmann einen neuen Projektantrag gestellt hat.

Das beantragte Projekt soll den Zeitraum März 2009 bis Februar 2012 sowie ein Gesamtfinanzvolumen von rd. 500.000 € umfassen, wobei eine finanzielle Beteiligung des Kreises in Höhe von etwa 85.000 € (über die Jahre 2010 bis 2012) vorgesehen ist.

Inhalt und Ziel des neuen Projektes ist eine kreisweite Qualifizierungsoffensive, durch die die unterschiedlichsten Personengruppen zum Thema „Demenz“ eingehend geschult und sensibilisiert werden sollen. Der Stiftungsrat der Stiftung Wohlfahrtspflege hat in seiner Sitzung am 07.11.08 den Antrag für das Folgeprojekt beschlossen.

Die Fraktionen unterstreichen die hohe Bedeutsamkeit des Demenz-Netzes.

Bereits während der Laufzeit des Projektes „Demenz-Netz Kreis Mettmann“ hat sich der Kreis Mettmann im Rahmen des Personalkosteneinsatzes mit einer halben Stelle an der Organisation des Demenz-Netzes beteiligt. Herr Kreisdirektor Richter erläutert, dass die Stiftung auch in Zukunft ein Engagement des Kreises erwartet. Demzufolge wird der Kreis neben der finanziellen Beteiligung an dem Folgeprojekt weiterhin die Kosten für die halbe Stelle tragen. Das Vorgehen der Verwaltung findet die ausdrückliche Zustimmung der Fraktionen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kreisdirektor Richter, dass die Verwaltung bis zum Ende des Projektes – wie bisher – kontinuierlich die Personalkapazität in Höhe einer halben Stelle zur Verfügung stellen wird. Herr Schulte bittet, für die SPD-Fraktion, dies zu Protokoll zu nehmen.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Gesundheit ein Projekt zur Evaluation des „Demenz-Netzwerkes Kreis Mettmann“ bewilligt. Das Projekt wird durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt in Kooperation mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund durchgeführt.

Der Vorsitzende lässt über die Anträge abstimmen.

Inhalt der Anträge:

Angebote für Demenzkranke im Kreis Mettmann

- Schaffung und konzeptionelle Weiterentwicklung von ambulant betreuten Wohngruppen als Alternative zum Heim
- Ausbau des Demenznetzes im Kreis Mettmann

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, ambulant betreute Wohngruppen als Alternative zum Heim zu schaffen und konzeptionell weiterzuentwickeln. Ferner soll das Demenznetz im Kreis Mettmann ausgebaut werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung (UWG-ME)

Zu Punkt 11:	Aktualisierung des Sozialberichts von 1993 hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.11.2008 - Vorlage Nr. 50/025/2008
---------------------	---

Für den Sozialausschuss am 10.05.93 (TOP 7) wurde von der Verwaltung ein „Bericht über die Armut im Kreis Mettmann“ vorgelegt. Dieser wurde in der Sondersitzung am 14.06.93 beraten. Der Bericht wurde durch einen zusätzlich beschäftigten Sozialwissenschaftler in der Zeit von Juli 1992 bis April 1993 erstellt.

Frau Stolz erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Um der Armut im Kreis Mettmann wirkungsvoll entgegen wirken zu können, reicht es nicht aus, Armutsberichte von Bund oder Land auf den Kreis herunterzubrechen. Vielmehr muss auf die Situation in jeder Stadt eingegangen werden. Herr Tondorf vertritt für die CDU-Fraktion die Auffassung, dass den Mitgliedern in den städtische Sozialausschüssen und Verbänden genau bekannt ist, wo Handlungsbedarf besteht.

Zurzeit erarbeitet das Sozialamt einen Tätigkeitsbericht. Ziel ist neben der Darstellung der Aufgaben einen Ein- bzw. Überblick über die Vorgehensweisen und Handlungsmöglichkeiten des Sozialamtes zu schaffen. Er soll die Entwicklung der wichtigsten sozialen Leistungen darstellen. Enthalten sein werden Informationen und Aufwendungen des Kreises in den Aufgabengebieten des Sozialamtes.

Herr Krause weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um einen Sozialbericht handelt.

Die Erstellung eines aktualisierten Sozialberichtes ist mit dem vorhandenen Personal aufgrund des hohen Aufwandes nicht realisierbar.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass aufgrund des zu erwartenden Aufwandes bzw. der durch die Neueinstellung einer Sozialwissenschaftlerin/eines Sozialwissenschaftlers entstehenden finanziellen Belastung zunächst der Tätigkeitsbericht und dessen Auswertung abgewartet werden soll. Dieser soll dann in 2009 im Sozialausschuss vorgestellt werden.

Der Antrag wird bis dahin zurückgestellt.

Unterbrechung der Sitzung von 17:21 Uhr bis 17:33 Uhr.

Zu Punkt 12: Haushalt 2009
- Beratung des Haushaltsentwurfes durch den Sozialausschuss
- Vorlage Nr. 20/015/2008

Der TOP Haushalt 2009 wurde als TOP 13 behandelt.

zu Produkt 03.05.01 (BAföG-Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.01.01 (Beratung und Leistung bei Behinderung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.01.02 (Förderung der Altenhilfe)

Hierzu liegen drei Haushaltsveränderungsanträge vor.

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Aufbau eines kreisweiten allgemeinen Sozialdienstes für Senioren“:

Herr Kaiser regt an, aufgrund der unterschiedlichen Aufstellung des Sozialen Dienstes in den kreisangehörigen Städten bestimmte Leistungen zusammen zu fassen bzw. zu vernetzen.

Der Kreisdirektor hingegen sieht die Aufgabe vornehmlich in der Stärkung der städtischen Strukturen und nicht in der Schaffung neuer Kreisstrukturen; eine Re-Delegation der Aufgabe des Allgemeinen Sozialen Dienstes erscheint nicht zielführend.

Abstimmung über den Antrag „Aufbau eines kreisweiten allgemeinen Sozialdienstes für Senioren“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

1 Ja-Stimme UWG-ME

9 Nein-Stimmen CDU

1 Nein-Stimme FDP

6 Nein-Stimmen SPD

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Bedarfsgerechte Bereitstellung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in allen kreisangehörigen Städten“:

Herr Kaiser bemängelt die unterschiedliche Versorgungsdichte von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in den kreisangehörigen Städten und betont, dass der Auftrag als „Arbeitsauftrag“ zu werten sei. Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, diese Thematik in einer Vorlage aufzubereiten und in einer der nächsten Sitzungen auszuführen. Frau Kornak bittet in diesem Zusammenhang das Thema „Fahrdienst für gehbehinderte Teilnehmer der Tagespflege“ sowie die Übernahme der Fahrtkosten ebenfalls mit aufzunehmen.

Der Haushaltsveränderungsantrag wird zurück gezogen.

3. Antrag der Fraktion UWG-ME „Verbesserung der Alltagshilfen für an Demenz und Alzheimer leidenden Personen und deren Umfeld (Angehörige)“:

Nach Diskussion modifiziert Frau Hustädt für ihre Fraktion den Antragsinhalt und ändert ihren vorliegenden Antrag mit Bezug auf die in TOP 10 diskutierte halbe Stelle dahingehend ab, dass statt des vorzusehenden Haushaltsansatzes von 100.000 Euro eine halbe Stelle etatisiert wird.

Der Ausschuss weist ausdrücklich auf die Bedeutung der Thematik hin. Da die Verwaltung die halbe Stelle kontinuierlich bis zum Projektende zur Verfügung stellt (siehe TOP 10), sieht Herr Kreisdirektor Richter keinen Raum für einen Änderungsantrag. Gleichwohl bittet Frau Hustädt um Abstimmung über den Antrag.

Abstimmung über den Antrag „Verbesserung der Alltagshilfen für an Demenz und Alzheimer leidenden Personen und deren Umfeld (Angehörige) – Etatisierung einer halben Stelle“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme UWG-ME

2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

9 Nein-Stimmen CDU

1 Nein-Stimme FDP

6 Nein-Stimmen SPD

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.01.02:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen CDU

1 Ja-Stimme FDP

6 Ja-Stimmen SPD

2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

1 Nein-Stimme UWG-ME

Herr Tilmes bittet um Erläuterung, aus welchem Grund bei den freiwilligen Leistungen der Ansatz bei der Position **Projektkoordination „Leben im Alter“** für 2009 auf 0 Euro gesetzt worden ist, während er in 2008 noch 50.000 Euro betrug. Herr Herweg gibt hierzu kurze Erläu-

terungen und sichert zu, diese der Niederschrift beizufügen. (Hinweis: Der Ansatz für 09 wird jetzt mit im Produkt 05.04.04 unter der Position **Entwicklung und Förderung alternativer Wohnformen** mit insgesamt 90.000 Euro etatisiert.)

zu Produkt 05.01.03 (Fachaufsicht)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der UWG-ME vor.

Antrag der Fraktion UWG-ME „Aufstockung des Personals für die Heimaufsicht“:

Frau Hustädt konkretisiert die Antragsformulierung wie folgt: „Aufstockung des Personals von 3,3 auf 4,5 Stellen“

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Problematik der Abbildung der Stellen im Stellenplan und weist darauf hin, dass – vorbehaltlich der Genehmigung des Stellenplanes im Kreistag – für die Heimaufsicht 4,5 Stellen, besetzt mit 5 Beschäftigten vorgesehen sind. Ein Veränderungsantrag mit dem Ziel, die Stellen in der Heimaufsicht aufzustocken, ist daher überflüssig.

Der Kämmerer, Herr Herweg, unterstreicht die unzulängliche Transparenz der Stellenübersicht und bestätigt, dass der Stellenplan bereits im Unterausschuss für Personalangelegenheiten erörtert wurde. Ergänzend bekräftigt Herr Kreisdirektor Richter, das Verwaltungsziel, künftig im Haushaltsplan Kongruenz herzustellen, damit die Zuordnung der Stellen vom jeweiligen Produkt den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Auf Rückfrage von Frau Stolz weist Herr Kreisdirektor Richter auf den, dem Gremium alle zwei Jahre vorzulegenden Heimbericht hin. Im Laufe des Jahres 2009 wird der Ausschuss im Rahmen einer Vorlage ausführlich hierüber informiert.

Gleichwohl bittet Frau Hustädt über folgende Anträge abzustimmen:

a) „Aufstockung des Personals von 3,3 auf 4,5 Stellen“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**1 Ja-Stimme UWG-ME
9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
5 Nein-Stimmen SPD
2 Enthaltungen Bündnis 90/Die Grünen
1 Enthaltung SPD**

b) „Die Verwaltung wird beauftragt, zwecks Steuerung durch die Politik für Transparenz im Stellenplan zu sorgen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen , SPD, UWG-ME)
6 Ja-Stimmen SPD
1 Ja-Stimme UWG-ME
9 Enthaltungen CDU
1 Enthaltung FDP**

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.01.03:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen CDU

**1 Ja-Stimme FDP
6 Ja-Stimmen SPD
1 Nein-Stimme UWG-ME
2 Enthaltungen Bündnis 90/Die Grünen**

zu Produkt 05.02.01 (Leistungen zum Lebensunterhalt)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Verbesserung der Mobilität zur sozialen Integration und Erwerbssuche“:

Herr Oexmann stellt das in der Stadt Dortmund eingeführte Sozialticket vor. Herr Kreisdi-
rektor Richter führt aus, dass nach dem vorgestellten Modell bereits lediglich für SGB II-
Kunden mit einem Finanzierungsbedarf in Höhe von mehr als 1,5 Mio Euro zu rechnen sei,
da der VRR keine Möglichkeit der Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets sieht.

**Abstimmung über den Antrag: „Verbesserung der Mobilität zur sozialen Integration
und Erwerbssuche“:**

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
1 Ja-Stimme UWG-ME
9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
6 Nein-Stimmen SPD**

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.02.01:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
9 Ja-Stimmen CDU
1 Ja-Stimme FDP
6 Ja-Stimmen SPD
2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
1 Enthaltung UWG-ME**

zu Produkt 05.02.03 (Hilfe bei Pflegebedürftigkeit)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Zu Produkt 05.02.04 (Krankenhilfe, sonst. Leistungen in besonderen Lebenslagen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.02.05 (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.03.01 (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II)

Seitens der Verwaltung liegen zwei Veränderungsanträge vor:

**Anträge der Verwaltung „Anpassung des Ansatzes aufgrund der veränderten Höhe der
Bundesbeteiligung“ sowie „Anpassung des Ansatzes aufgrund der veränderten Höhe
der pauschalierte Ausgleichszahlung des Landes für den Wegfall des Wohngeldes“**

Über die Haushaltsveränderungsanträge sowie das Gesamtprodukt wurden en bloc abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.03 (sonstige soziale Hilfen und Leistungen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.04 (Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege)

Hierzu liegen je ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der UWG-ME vor.

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Finanzielle Förderung zur Realisierung von Modellprojekten `alternative Wohnformen für Senioren` durch den Kreis“:

Herr Kaiser unterstreicht die Wichtigkeit dieser Thematik und führt aus, dass dieser Antrag lediglich als „Erinnerungsposten“ eingebracht wurde. Der Kreisdirektor sagt zu, in einem der nächsten Ausschusssitzungen im Rahmen einer Informationsvorlage über die allgemeinen und finanziellen Möglichkeiten der Wohnungsbauförderung durch den Fachbereich zu informieren und verweist auf das Projekt „ALTERNativen 60 plus – zufrieden älter werden im Kreis Mettmann“

Da kein Bedarf der Änderung des Haushaltsansatzes besteht, wird der Antrag zurück gezogen.

2. Antrag der Fraktion UWG-ME „Verlängerung der Aufenthaltsdauer älterer und behinderter Menschen in der eigenen Wohnung“:

Frau Hustädt sieht die Notwendigkeit der Unterstützung von Privatpersonen, die keine finanziellen Möglichkeiten haben, ihre Wohnung adäquat umbauen zu lassen sowie ggf. aufgrund ihrer Einkommenssituation aus bestehenden Fördermöglichkeiten herausfallen. Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass bereits jetzt eine entsprechende Unterstützung erfolgt – ohne Begrenzung auf 10.000 Euro je Einzelmaßnahme. Im Übrigen verweist er auf die Möglichkeit der darlehensweisen Sozialhilfegewährung.

Abstimmung über den Antrag „Verlängerung der Aufenthaltsdauer älterer und behinderter Menschen in der eigenen Wohnung“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme UWG-ME

2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

9 Nein-Stimmen CDU

1 Nein-Stimme FDP

6 Nein-Stimmen SPD

3. Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kürzung des Ansatzes für die ambulante psychische Krankenhilfe“:

Herr Kaiser erläutert den Veränderungsantrag.

Frau Sprenger hingegen unterstreicht die Bedeutung der ambulanten psychischen Krankenhilfe.

Abstimmung über den Antrag „Kürzung des Ansatzes für die ambulante psychische Krankenhilfe“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
6 Nein-Stimmen SPD
1 Enthaltung UWG-ME

4. Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kürzung von Zuwendungen an Wohlfahrtsverbände – Regie- und Verwaltungskosten“:

Herr Kaiser macht weitere Ausführungen zu dem Veränderungsantrag.

Abstimmung über den Antrag „Kürzung von Zuwendungen an Wohlfahrtsverbände – Regie- und Verwaltungskosten“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme Bündnis 90/Die Grünen
1 Ja-Stimme UWG-ME
9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
6 Nein-Stimmen SPD
1 Enthaltung Bündnis 90/Die Grünen

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.04.04:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen CDU
1 Ja-Stimme FDP
6 Ja-Stimmen SPD
2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
1 Nein-Stimme UWG-ME

zu Produkt 05.04.05 (Betreuungsleistungen)

Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Streichung der Personalkostenzuschüsse an die Betreuungsvereine“:

Herr Kaiser erläutert den Veränderungsantrag.

Abstimmung über den Antrag „Streichung der Personalkostenzuschüsse an die Betreuungsvereine“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
6 Nein-Stimmen SPD
1 Enthaltung UWG-ME

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.04.05:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen CDU
1 Ja-Stimme FDP

6 Ja-Stimmen SPD
2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
1 Nein-Stimme UWG-ME

zu Produkt 05.04.06 (Unterhaltungsvorschussleistungen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.07 (Integration)

Hierzu liegen je ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der UWG-ME vor.

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Öffnung der Integrationsangebote für geduldete Flüchtlinge“:

Herr Kaiser verweist auf die Antragsbegründung. Frau Kornak unterstreicht die Bedeutung dieser Thematik. Der Kreisdirektor weist darauf hin, dass bereits jetzt das Angebot für die angesprochene Personengruppe geöffnet ist. Der Antrag wird zurück gezogen.

2. Antrag der Fraktion UWG-ME „Einbeziehung von Einwohnern mit Migrationshintergrund in die Integrationsförderung (Integrationsbeirat)“:

Frau Hustädt erläutert den Antrag. Herr Kreisdirektor Richter erachtet die Bemühungen im Sachgebiet und im Arbeitskreis Integration sowie in den kreisangehörigen Städten als ausreichend, wobei der Kreis eher eine Beratungsfunktion inne hat während die Aufgabe der Integration an sich bei den Städten vor Ort liegt.

Abstimmung über den Antrag „Einbeziehung von Einwohnern mit Migrationshintergrund in die Integrationsförderung (Integrationsbeirat)“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme UWG-ME
2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
9 Nein-Stimmen CDU
1 Nein-Stimme FDP
6 Nein-Stimmen SPD

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.04.07:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

2 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen
9 Ja-Stimmen CDU
1 Ja-Stimme FDP
6 Ja-Stimmen SPD
1 Nein-Stimme UWG-ME

zu Produkt 05.04.08 (Kreisentwicklung und Sozialplanung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.09 (Kommunale Versorgungsverwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 06.02.01 (Leistungen zur Förderung von Familien)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss hat den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2009 - soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt - zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenden Änderungen zuzustimmen und dem Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen CDU

1 Ja-Stimme FDP

6 Ja-Stimmen SPD

2 Nein-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen

1 Nein-Stimme UWG-ME

Zu Punkt 13: Nachträge

Zu Punkt 13.1: Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 07.11.2008 - Vorlage Nr. 50/026/2008
--

Der TOP Nachträge wird als TOP 12 behandelt.

Herr Kreisdirektor Richter warnt vor der Etablierung von Doppelstrukturen, da die Wohn- und Pflegeberatung der kreisangehörigen Gemeinden und die Pflegestützpunkte der Pflegekassen nahezu identische Aufgabenbereiche abdecken. Übereinstimmend wird festgestellt, dass das engmaschige Netz der bewährten kommunalen Strukturen in die zu schaffenden Pflegestützpunkte integriert und die Kommunen generell eingebunden werden sollten.

Beschluss: Der Sozialausschuss wünscht, dass durch geeignete organisatorische Maßnahmen die neuen Pflegestützpunkte – unabhängig von gesetzlichen Vorgaben – die bewährten kommunalen Strukturen aufgreifen und einbinden. Die Verwaltung wird um Sachstandsbericht gebeten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:27 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Anke Rodewald